

Abonnementpreis viertel 4 1/2, Halbjahr 8 1/2, ein Jahr 16. ...

Inseratpreis: 20 Bl. ...

Verlangen unter dem Hebensteinschild ...

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Erscheint täglich früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition Johannsgasse 33.

Verantwortlicher Redaction: Vormittags 10-12 Uhr.

Redaction: Nachmittags 4-6 Uhr.

Die für die Abgabe eingesandten Manuscripte ...

Annahme der für die nächsten Nummer bestimmten ...

In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm ...

Carl Klemm, Universitätsstr. 22, ...

Nr. 66.

Dienstag den 10. Februar 1880.

74. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Der am 1. Februar dieses Jahres fällige erste Termin der Staats-Grundsteuer ...

Zwei Pfennigen von jeder Steuer-Einheit

zu entrichten, und werden die Steuerpflichtigen hierdurch aufgefordert, ihre Steuerbeiträge ...

Eins vom Tausend des im Kataster eingetragenen Grundwertes

ist, vom genannten Tage ab bis spätestens 14 Tage nach demselben an unsere Stadt-Steuer-Einnahme ...

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi. Taube.

Holzauktion.

Donnerstag, den 12. Februar c. sollen im Forstreviere Rosenthal

I. von Vormittags 9 Uhr ab 24 eichene, 3 rüsterne, 1 buchene und 1 erlerner Kugelfloß

gegen die übliche Anzahlung und

II. von Vormittags 11 Uhr an 4 Raumbuchmeter eichene Kugelfloße,

sowie

75 Amtr. eichene, 4 Amtr. buchene, 2 Amtr. eichene, 1 Amtr. birchene und 1 Amtr. asperne Brennholz

und 23 Haufen Abraumholz

gegen sofortige Baargeldzahlung an Ort und Stelle und unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: Vormittags 9 und 11 Uhr an der Leibnizbrücke am Rosenthal.

Leipzig, am 7. Februar 1880.

Des Raths Forstdeputation.

Bekanntmachung.

Auf dem Hauptwege des nördlichen Friedhofs sollen Thonrohrschleusen hergestellt und die damit verbundenen Arbeiten an einem Unternehmer in Accord vergeben werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserem Bauamt, Rathhaus Zimmer Nr. 18, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Begüligte Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Schleuse im nördlichen Friedhof betreffend“

versehen ebenfalls und zwar bis zum 19. Februar d. J. Nachmittags 6 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 8. Februar 1880.

Holzauktion.

Mittwoch, den 11. Februar a. e. sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere Connewitz auf dem Mittelwaldschlage in Abth. 42

ca. 109 Haufen Harter Abraum,

55 Schlagschlag (Langhaufen) und

90 Sand Torfen

an Ort und Stelle unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage in der Ronne am Ronnewitzweg und der nassen Wiese.

Leipzig, am 26. Januar 1880.

Holzauktion.

Mittwoch, den 18. Februar c. sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere Grasdorf auf dem diesjährigen Mittelwaldschlage im sogenannten Stadth.

ca. 114 Langhaufen,

35 Abraumhaufen und

600 Weistübe

an Ort und Stelle unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage im Stadth. am Seegeritz-Böninger Communicationsweg.

Leipzig, am 7. Februar 1880.

Holzauktion.

Mittwoch, den 18. Februar c. sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere Grasdorf auf dem diesjährigen Mittelwaldschlage im sogenannten Stadth.

ca. 114 Langhaufen,

35 Abraumhaufen und

600 Weistübe

an Ort und Stelle unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage im Stadth. am Seegeritz-Böninger Communicationsweg.

Leipzig, am 7. Februar 1880.

Die Geschäftslage des Reichstags.

Zur parlamentarischen Lage wird uns aus Berlin wie folgt geschrieben: Mit Spannung aller Kräfte sucht der Landtag von den großen gesetzgeberischen Aufgaben, die noch auf seinem Parnasse ruhen, so viel zu erledigen, als ihm die beschränkte Zeit erlaubt; aber es mangelt seinen Arbeiten bereits das concentrirte Interesse, das die Wichtigkeit derselben beanspruchen dürfte, und mehr und mehr wendet sich die Aufmerksamkeit aller politischen Kreise dem Reichstage zu, dessen Eröffnung in dieser Woche bevorsteht. Mit Recht oder mit Unrecht, jedenfalls ist der Großstaat Preußen in den Augen der Nation immer nur ein Particularstaat und selbst die wichtigsten Debatten am Hofschloß haben nicht dasjenige Maß dramatischen Reizes, das den Reichstag wegen seiner größeren Wechselbeziehung zum Publicum und zu weiteren Kreisen auszeichnet. Schon das die Gestalt des Fürsten Bismarck wieder in den Vordergrund der parlamentarischen und politischen Tagesgeschichte tritt, verleiht der Erwartung, mit welcher man der beginnenden Reichstagskampagne entgegenfiehet, eine erhöhte Spannung. Groß wie nur je in den wichtigsten Sessionen sind die Aufgaben, die der Reichsköten harrten. Mit der einstimmigen Annahme der neuen Militärverträge in den Bundesrathshausgeschüssen hat dieser bedeutende und tief eingreifende Entwurf ein wichtiges Stadium seiner legislativischen Behandlung durchschritten und steht nun mittelbar vor den Thoren des Reichstages. Ein Gleiches gilt von dem Gesetzentwurf, betreffend die Verlängerung der Staatsperioden und der damit verknüpften seltenen Berufung des Reichstages. Und während diese beiden Materien den bestehenden Rechts- und Verfassungszustand abändern, ja principiell umgestalten, wird der Anteil des Reichs an dem Ertrage der neuen Hülle durch die Mehrerfordernisse abgerührt, so daß sich nicht nur die Hoffnung auf Ermäßigung der Matricularbeiträge als trügerisch erweist, sondern sich im Gegenteil das Budget des Reichs auf das Etatsjahr 1880/81 nach maßgebender Schätzung um ungefähr 30 Mill. Mark gegen das jetzige Etatsjahr verschlechtert wird. Das ist allerdings ein schwerer Eintrag in den Blicken, die mit dem Reichstagsbeschlusse schwerer in Einklang zu bringen mit den offiziellen Beschuldigungsversuchen, welche die Erhöhung der Brausesteuer, die gleichfalls schon im Bundesrath genehmigt ist, mit der Verbesserung mündgerecht machen wollten, daß durch deren auf etwa 8 Mill. geschätzten Ertrag eine Steigerung der Matricularbeiträge vermieden werden würde. Es soll dem Reichstage die Möglichkeit geboten werden, für die Entwicklung der nationalen Volkswirtschaft auf andere Weise zu sorgen, und zwar durch die Uebernahme der Zinsgarantie für die Südbahngesellschaft auf das Reich. Die Erpanstakt des deutschen Handels und Verkehrs ist ja gewiss eine hocherfreuliche Thatsache. Aber es ist nicht recht verständlich, daß zu dem Arbeitspensum des Reichstages nicht auch die schon so lange angekündigte Reform des Actiengesetzes gehören soll. Gerade jetzt, beim Beginn einer neuen wirtschaftlichen Aera, wäre es geboten gewesen, dieselbe in vorstichtiger Weise durchzuführen. Uebrigens dürfte die juristische Ausbeute der beginnenden Session nur eine höchst dürftige sein. Denn nicht bloß das Actiengesetz fällt unter die „reparirten Acten“, sondern auch das Strafvollzugsgesetz, welches gegenwärtig im

Justizauschuss des Bundesraths berathen wird, hat nach uns zugehenden Mittheilungen von guter Hand wenig Aussicht darauf, dem Reichstage schon jetzt vorgelegt zu werden. Dagegen wird sich das Gegenstück juristischer Productivität einmal in der bereits erwähnten unvollkommenen Verfassungsbeschränkung durch zweijährige Budgetperioden entfalten, dann aber und namentlich in dem Gesetzentwurf, betr. die Verlängerung der Geltungsdauer des Socialversicherungsgesetzes. Von ferneren Vorlagen, die zwar an allgemeinerem Interesse hinter den genannten zurückstehen mögen, nicht aber an gesetzgeberischer Wichtigkeit, erwarten den Reichstag: das Reichspensionsgesetz, die Regelung der Zwangs-Invaliden- und Pensionscassen und die Novelle zum Haftpflichtgesetz. Die letztere Materie wird voraussichtlich den Gegenstand besonders eingehender Erwägungen bilden. Uebrigens befindet sich, daß der Wichtigkeit der beginnenden Session entsprechend, der Kaiser in Person den Reichstag eröffnen wird.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 9. Februar.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß sich an die Reise des deutschen Botschafters in Rom, Herrn v. Reubell, zum Besuche des deutschen Kronprinzen nach Begli die verschiedensten Vermuthungen knüpfen. In Berlin verläutet, daß der Kronprinz vor seiner Rückreise nach Berlin am 10. März nicht nach Rom reifen werde. Ausgeschlossen ist indessen nach einem Besichte der „R. Z.“ nicht, daß derselbe nach seiner nachmaligen Reise nach Italien im April den Wünschen des ihm so befreundeten italienischen Königshauses nachgeben und mit seiner Familie abdam auf einige Tage zum Besuche derselben nach Rom reifen werde. Ob die Anstrengungen, welche von Seiten des Vaticans — natürlich nicht officiell — gemacht werden, den künftigen deutschen Kaiser zu einer Unterredung mit Sr. Heiligkeit zu bewegen, erfolgreich sind, steht noch dahin und wird von dem Verlauf der Friedensunterhandlungen der deutschen Regierung mit der Curie wesentlich, aber keineswegs ausschließlich abhängen. Berliner Blätter knüpfen an die letzten Kultur-Tampfbattanten in preussischen Landtage allerlei Betrachtungen. So äußert sich die „Nat.-Rtg.“ über die Sitzung vom Sonnabend wie folgt:

„Es gab stürmische Scenen, wie sie sich seit der bekannten Hofscene, die zwischen Herrn v. Reubell und Herrn v. Bismarck spielte, an dieser Stelle wohl nicht ereignet haben. Das Centrum hatte den Antrag gestellt, den Gehalt des altkatholischen Bischofs vom Budget abzusehen; Herr Petri verlas, um diesen Antrag zu bekämpfen, die künftige Cabinetsordre, durch welche Herr Reubell als katholischer Bischof anerkannt wird. Bei den Worten dieser — nach dem alsgeräuschlichen Schema abgefaßten — Ordre, welche aussprechen, daß von allen Unterthanen erwartet werde, daß sie Herrn Reubell als katholischen Bischof achten und anerkennen, wurde im Centrum ein Hochgelächter laut. Wir unterstellen gern, daß dieses Hochgelächter nur dem verhassten Bischof der Katholiken galt, aber in diesem Augenblicke mußte es um jeden Preis unterdrückt werden. Dieses Hochgelächter ist im Hause, ist auf den Tribünen von Hunderten von Zuhörern vernommen worden, und nach der Scene, die wir jetzt beschreiben wollen, erzählt man sich in den Couloirs, auf der Straße, daß

das Centrum bei der Verlesung einer königlichen Cabinetsordre in Gelächter ausgebrochen sei. Als sodann Herr von Reubell dem Centrum sein Gebahren vorhielt, verlor das Centrum, daselbst durch eine stürmische Demonstration in Abrede zu stellen. Die Herren Windthorst und v. Schorlemer-Alst hatten die Entschlossenheit, die Verlesung des Herrn v. Reubell als Käse, als tendenziöse Unwahrheit zu bezeichnen. Nachdem dem Herrn v. Reubell in den Abgeordneten Strauß, v. Jellib und Carlo Jansen erstanden waren, nachdem der hochconservative Abgeordnete v. Kröcker zum widerwilligen Jagen für die Behauptungen des Herrn v. Reubell geworden war, nachdem der Präsident die Ausdrücke der Herren Windthorst und v. Schorlemer in alzu milder Form, aber doch immerhin gerügt hatte, befahl Herr Bismarck dem traurigen Rath, dieselben aufzunehmen, und gab damit ein Beispiel von Renitenz, wie es bisher nur die Socialdemokraten an den Tag gelegt haben. Wir bedauern, der Wahrheit gemäß constatiren zu müssen, daß Herr v. Bismarck den vorkommenden Ausfaltungen gegenüber weder mit der unerlässlichen Schnelligkeit noch mit der gebotenen Schärfe Remedur geübt hat. So konnte der Zwischenfall eine Ausdehnung gewinnen, unter welcher die Würde des Hauses empfindlich litt.“

Die welfischen Umtriebe in Hannover haben seit der letzten Reichstagswahl bedeutend an Umfang zugenommen, wie wir glauben, weil es die Regierung hin und wieder an Festigkeit fehlen läßt. Das Organ der Partei, die „Deutsche Volkszeitung“, giebt ein Proben des welfischen Uebermuthes, das kaum glaublich erscheint. Das Officiercorps in Hannover veranstaltete jüngst ein Reiterfest zum Besten der Nothleidenden und hatte die Artigkeit, auch die Redaction des Welfenblattes zum Besuche einzuladen. Was aber war die Antwort auf diese höfliche Einladung? Wir wollen die „Deutsche Volkszeitung“ selbst reden lassen: „Die Redaction dieser Zeitung hat auf die an sie persönlich ergangene Einladung erwidert, daß sie nicht in der Lage sei, auf einem Feste zu erscheinen, welches von königlich preussischen Officieren gegeben werde, die nicht Gäste des königlich hannoverschen Hofes seien. Die Hannoveraner können nicht früher mit den Preußen in irgend welche Beziehungen treten, als letztere nicht auf Grund eines von uns anerkannten Rechtstitels sich hier aufhalten. Im Uebrigen ist es recht schön, wenn die königlich preussischen Officiere zur Verringerung der Noth etwas beitragen wollen, denn wir nehmen an, daß sie zu der Erkenntniß gekommen sind, wie diese Noth in der „preussischen Provinz Hannover“ im Wesentlichen durch die Behandlung hervorgerufen ist, welche Preußen Hannover hat angedeihen lassen.“ Eine solche Verbissenheit, ein solcher Fanatismus freilich doch an das Unerlaubte.

Im Reichstage wird voraussichtlich ein lebhafter Kampf bei der Präsidentenwahl entbrennen. Die Conservativen bieten Alles auf, um aus ihren Reihen die Stelle des ersten Präsidenten zu besetzen. Sie schlagen den Grafen Arnim-Boitzenburg vor, welcher der deutschen Reichspartei angehört, und haben in Folge dessen diese Fraction für sich. Das Centrum hat, so heißt es, erklärt, es wüßte nur seinen Besten, d. h. die Stelle des ersten Vicepräsidenten zu behalten und würde, sobald man dies zugebe, jede andere Wahl unterstützen. Auch der zweite Vicepräsident würde dann aus den Reihen der Reichspartei genommen werden. Die Liberalen werden nach der „Tr.“ den Abgeordneten von Bennigsen aufstellen. Daß der frühere Präsident Abg.

von Seydewitz eine Wiederwahl nicht annehmen würde, sei gewiss sein.

Die vom Bundesrath bereits genehmigte Novelle, die Ergänzung der Wehrverfassung des Reichs betreffend, hat bei allen Parteien und in der Tagespresse die eingehendsten Commentare hervorgerufen. Selbst das kirchliche Wochenblatt für Schlesien und die Oberlausitz äußert sich über das Gesetz: „Gar beschämend ist es für unsere Zeit, daß die gebildeten Völker der Welt bis an die Zähne gerüstet Jahr aus Jahr ein einander gegenüberstehen, daß auf Leidenschaft und Ehrgeiz, nicht aber auf die großen Gottesgedankens unserer Heilandes Jesu Christi die Zukunft so manches Volkes aufgebaut wird. Auf die Dauer ist dieser bewaffnete Friede, der Hunderttausende der kräftigsten Leute ihrem Verweh entzieht, der den Löwenantheil der jüdischen Steuerlast jährlich in seinen unfruchtbaren Schooß sich werfen läßt, der es zu einem dauernden Geschäfts- und Handelsaufschwung niemals kommen läßt, für Europa unerträglich.“ Diese Versicherungen sind natürlich darauf berechnet, die Wahlen zu erzeugen und gegen das Gesetz einzunehmen, ein Mandat, welches für ein kirchliches Blatt keineswegs paßt ist.

In der am Sonnabend stattgefundenen Sitzung der württembergischen Abgeordnetenkammer wurde vom Abg. Mayer eine Interpellation an die Regierung bezüglich der politischen Ueberwachung einer jüngst stattgefundenen Versammlung der Volkspartei gerichtet. Der Minister des Inneren v. Sisk erklärte, daß die betreffende Verfügung nicht vom Ministerium ausgegangen sei, er im Uebrigen über die Ansicht und das künftige Verhalten der Regierung Auskunft zu ertheilen ablehnen müsse, da die Beschwerte noch schwebend und bis jetzt keine Beschlüsse gefaßt seien. Der Gegenstand wurde nach kurzer Debatte von der Kammer verlassen.

Die cisleithanische Ministerkrise verhartet nach der Schwere. Am Sonnabend fand zu Wien eine Minister-Conferenz statt, in welcher es sich wahrscheinlich um die Krisis handelte. In Abgeordnetenreisen erwartet man nach Wiener Berichten die Entscheidung bereits in den nächsten Tagen. Die Ungewißheit der inneren Lage läßt ihre Rückwirkungen auf die Arbeiten des Parlaments. Die Ausschüsse des Abgeordnetenhauses feiern; insbesondere soll Graf Hohenwart die Absicht haben, den Budgetauschuß erst wieder zu einer Sitzung einzuberufen, bis die Frage der definitiven Befragung des Unterrichtsministeriums in der einen oder anderen Weise erledigt ist. Das wäre ein förmliches Zwangsmittel, um die Vollständigung des Cabinets zu beschleunigen.

Das zwischen Italien und der österreichisch-ungarischen Monarchie herrschende Mißtrauen findet, wie wir wiederholt hervorgehoben haben, in sehr ernst gemeinten militärischen Maßregeln bezeichnenden Ausdruck. So wird neuerdings der „A. B.“ aus Wilsch-Tirol geschrieben: „Die wilsch-tirolischen Befestigungsergänzungen, vielleicht auch die in Ausführung begriffenen Truppendislocationen, die größere Dimensionen annehmen dürften, als man anfangs glaubte, und außer der Infanterie auch die Gebirgsartillerie und Geniewaffe betreffen werden, scheinen in den